

Rico Bamert

Anfänge partizipativer Verkehrsplanung am Beispiel der Gemeinde Baden Anfang der 1960er Jahre

Masterarbeit bei Prof. Dr. Ueli Haefeli

Historisches Institut der Universität Bern

Die vorliegende Arbeit entstand im Kontext des laufenden Nationalfondsprojekts „Mobilitätsgeschichte des schweizerischen Bundesstaats“. Ihr Hintergrund ist das Aufkommen von über die obligatorischen politischen Vorgaben hinausgehenden Partizipationsverfahren. Diese haben in den letzten Jahren in der Schweiz und in einigen Nachbarländern enorm an Bedeutung gewonnen und gelten mittlerweile als notwendige (wenn auch keineswegs hinreichende) Voraussetzung für eine erfolgreiche Verkehrsinfrastrukturpolitik; dies zumindest auf lokaler Ebene.

Eine Vorreiterrolle bei der Entstehung solcher Partizipationsverfahren spielte die aargauische Gemeinde Baden. Konkret interessiert, was die Stadt Baden als erste Gemeinde in der Schweiz bewogen hat, die Bevölkerung stärker als vom Gesetz vorgesehen im Planungsprozess von grossen Verkehrsinfrastrukturanlagen einzubeziehen. In diesem Sinn die folgenden Fragestellungen untersucht: Wie und mit welchen Mitteln versuchten die Behörden, die Bevölkerung in die Planung einzubeziehen? Welche Partizipationsformen wurden zur Übermittlung der Informationen verwendet? Wie wurden negative Reaktionen und Einsprachen behandelt? War die Öffentlichkeitsarbeit der Behörden geplant und koordiniert? Welche Teile der Behörden waren am stärksten in die Öffentlichkeitsarbeit involviert?

Im Herbst 1957 begann die Gemeinde Baden mit der „Grossen Verkehrssanierung“. Dieses Vorhaben bestand aus zwei Teilsanierungen, zuerst wurde die „Kleine Bahnverlegung“ in Angriff genommen. Dabei wurde in Richtung Zürich ein rund ein Kilometer langer Tunnel gebaut, der das betreffende Stadtgebiet unterquerte und die Aufhebung der beiden Eisenbahnbarrieren im Zentrum möglich machte. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem zweiten Teil der Verkehrssanierung, deren Ziel die Umgestaltung des Bahnhofplatzes sowie der innerstädtischen Verkehrsverhältnisse im Zentrum der Stadt war. 1967 hatte die Einwohnergemeindeversammlung einer Neugestaltung des Bahnhofquartiers schliesslich zugestimmt. Dieses Projekt und gleichzeitig auch die „Grosse Verkehrssanierung“ konnten Anfang August 1972 abgeschlossen werden.

Der Betrachtungszeitraum richtet sich dabei auf die erste Hälfte der Planungszeit, genauer die Jahre 1959 bis 1963.

In der Folge wurden einige ausgewählte Quellen hinsichtlich der Partizipation der Bevölkerung untersucht. Zuerst das Badener Tagblatt, die meistgelesene Tageszeitung der Region dieser Zeit. Hierbei wurden publizierte Zeitungsartikel und veröffentlichte Leserbriefe betrachtet. Anschliessend wurde das Handeln der Behörden, die Protokolle der Versammlungen der Stimmbürger und verschiedene öffentliche Informationsabende betrachtet. Ein essenzieller Punkt der Partizipation der Bevölkerung an Planungsprozessen ist der Umgang mit Einsprachen respektive Unmutsäusserungen oder Änderungswünschen

vonseiten der Öffentlichkeit wie auch die Verhandlungen mit an den Bahnhofplatz anliegenden Immobilienbesitzern, diese beiden Aspekte wurden abschliessend untersucht.

Die formulierten Fragestellungen konnten mithilfe des Quellenmaterials untersucht und beantwortet werden. Die Untersuchungen der verschiedenen Partizipationsformen zeigten, dass es den Behörden nachweislich gelungen ist, die Bevölkerung für das Projekt zu begeistern und zu einer gewissen Mitarbeit zu bewegen. Die Bevölkerung wurde regelmässig über die Fortschritte der Arbeiten informiert, zur Diskussion angehalten, eingeladen Ideen und Vorschläge zu präsentieren und mit gedruckten Planungsberichten aufgeklärt. Als Folge dieser Massnahmen hatte sich die Bevölkerung in einer neuartigen Art und Weise direkt oder indirekt am Planungsprozess beteiligt. Sie hatte in mehreren wichtigen Zwischenschritten ihre Zustimmung zu einer weiteren Bearbeitung und sogar einer Ausweitung des zu untersuchenden Planungsgebiets gegeben. Das Bauprojekt wie auch der dafür notwendige hohe Kredit wurden schlussendlich beide beinahe ohne Gegenstimmen angenommen.

Rico Bamert
Badstrasse 18
5400 Baden
kontakt@ricobamert.ch